

Saale-Zeitung.

Sechshundertvierzigster Jahrgang.

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei postmässiger
Bestellung 2,50 M., durch die Post
1,25 M., auschl. Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungsbereich
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unvollständige eingehende Bestellungen
wird keine Gewähr übernommen.
Stadtdruck nur mit Quellenangaben:
„Saale-Bl.“ gedruckt.
Verleger der Redaktion Nr. 1149;
der Abonnementsabteilung Nr. 1153.

Anzeigen
wenn die Spaltenbreite über dem
Raum mit 30 Pfg. je Zeile und über
30 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstr. 63, 1 sowie von
unseren Annahmestellen und allen
Annahmestellen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle
und umvorne 1 M.
Ercheint täglich einmal,
Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Druck-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Braubachstr. 17;
Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-
str. 63, 1; Telefon Nr. 591 u. 176.

Nr. 163.

Halle a. S., Sonnabend, den 9. April.

1910.

Bersammlungen unter freiem Himmel.

Auch die Reichshauptstadt soll nun, nachdem so viele andere Orte im Reich vorangegangen sind, ihre Bersammlungen unter freiem Himmel haben. Der Berliner Polizeipräsident Herr v. Jagow, der bisher offenbar grundsätzlich alle Bersammlungen unter freiem Himmel verbieten zu wollen schien, erweichte seinen harten Sinn und gab nachträglich seine Genehmigung dazu, daß die demokratische Bersammlung, ebenso die sozialdemokratische Partei der Reichshauptstadt, am nächsten Sonntag in Berlin Bersammlungen unter freiem Himmel veranstalten. Nach vor wenigen Tagen war Herr von Jagow auf Grund von Messungen, die er im Humboldthain veranstaltet hatte, zu der Meinung gekommen, daß die Bersammlung im Humboldthain mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit und für die Gesundheit der Teilnehmer verbunden sei und hatte sie deshalb verboten. Wenn er jetzt seine Ansicht geändert hat, so weiß man nicht recht, ob dem Polizeipräsidenten die Erläuterung von oben gekommen ist, oder ob er sich selbst von der Angefährlichkeit dieser Bersammlung überzeugt hat.

In Abgeordnetenkreisen ist man der Ansicht, daß die Sinnesänderung des Polizeipräsidenten von Jagow auf direkte Einwirkung von höherer Stelle zurückzuführen ist. Man hat im Ministerium offenbar gefürchtet, daß dieses erneute Verbot der Bersammlungen im Humboldthain und in Treptow zu unliebsamen und spöttischen Bemerkungen, namentlich in der ausländischen Presse, führen werde.

Die Sozialdemokraten haben, wie bereits gemeldet, die Bersammlung übernehmen müssen, für die Ordnung während der Bersammlungen zu sorgen. Es handelt sich deshalb eigentlich mehr um eine Generalprobe für eine öffentliche Bersammlung in Berlin, als um die allgemeine Freigabe dieser Bersammlungen. Indessen bedeutet die jetzige Genehmigung doch den ersten Schritt in dieser Richtung; und wenn alles gut abläuft, dann wird man damit rechnen dürfen, daß auch fernerhin öffentlichen Bersammlungen unter freiem Himmel auch in Berlin keine polizeilichen Hindernisse in den Weg gesetzt werden.

Vielleicht hat sich Herr von Jagow als der Klügere erwiesen, indem er nachgab; denn es war doch immer das Verbot, das reizte. Wenn es erst keine Wille mehr macht, sich unter freiem Himmel zu versammeln, dann dürfte das Bedürfnis danach sich beträchtlich herabmindern. An sich ist natürlich ein Saal viel besser geeignet, um zu beraten und Beschlüsse zu fassen. Schon die unangenehme Aussicht auf einem freien Platz kann nicht dazu beitragen, die Teilnahme zu einem besonderen Genuß zu machen. Auch ist immer mit dem Wettergötze zu rechnen, der manchmal recht launenhaft ist. In irrtümlichem Regen oder bei schneidendem Winde eine Rede anhören zu müssen, von der wenig oder nichts zu verstehen ist, das ist nicht gerade verlockend. Aber das Vereinsgesetz hatte nun einmal die öffentlichen Bersammlungen unter freiem Himmel prinzipiell gestattet und der Polizei nur bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ein Einspruchsrecht gewährt. Dieses Einspruchsrecht war von der Polizei sehr rigoros ausgelegt worden. Sie hat jetzt nachgegeben und trägt vielleicht gerade dadurch zur Beruhigung der Gemüter bei.

Die Bersammlung in Treptow wird auf der großen Spielwiese stattfinden. Es werden zehn Rednertribünen errichtet, von denen eine Anzahl sozialdemokratischer Parteiführer Ansprachen halten werden. Auch eine Protestresolution soll überall verlesen und zur Abstimmung gebracht werden. Die Genehmigung ist für die Zeit von 1 bis 3 Uhr nachmittags erteilt. Der polizeiliche Dienst wird sich in ganz bescheidenen Grenzen halten und für die Aufrechterhaltung der Ordnung haben die durch Armbinden kenntlich gemachten sozialdemokratischen Ordner zu sorgen.

*

Die Sozialdemokraten bei Herrn v. Jagow.

Sehr interessant ist der Inhalt einer Unterredung, die der Vorsitzende der Organisation der Berliner Sozialdemokratie, Herr Ernst, gestern vormittag mit dem Berliner Polizeipräsidenten Herrn von Jagow wegen Genehmigung der Bersammlungen unter freiem Himmel hatte. Der „Vorwärts“ berichtet darüber:

Soziald.: Herr Präsident, Sie haben den Demokraten die Bersammlung im Humboldthain genehmigt. Wir sind hier, um Sie zu ersuchen, uns, d. h. der sozialdemokratischen Parteileitung Berlin, ebenfalls die Genehmigung zu Bersammlungen unter freiem Himmel zu geben.

Der Polizeipräsident: Den Demokraten habe ich für den einzelnen Fall allerdings die Genehmigung erteilt, da ja deren Zahl geringer ist und so die Befürchtung nicht zutrifft, daß Unlustfälle und andere Dinge eintreten, die bei den Sozialdemokraten der größeren Zahl wegen möglich sind. Bei den Demokraten kommen vielleicht 20 000 Personen in Betracht, die Ihnen aber muß man 100 000 erwarten. Selbstverständlich verweigere ich Ihnen nicht prinzipiell die Genehmigung. Es kommt auf den einzelnen Fall an. Wo wollen Sie denn die Bersammlungen abhalten? Den Humboldthain haben schon die Demokraten, und der Friedrichshain ist für Sie doch viel zu klein.

Soziald.: Wir würden, wenn Sie den Treptower Park für geeignet halten, ganz gern in den Treptower Park gehen, aber dazu haben Sie uns ja vor einigen Wochen die Genehmigung verweigert.

Polizeipräsident: Das ist ein Irrtum, daß ich dafür die Genehmigung verweigert habe, für den Treptower Park bin ich nicht zuständig. Da möchten Sie sich an den Amtsvorsteher und Bürgermeister von Treptow wenden.

Soziald.: Herr Präsident, würden Sie uns, wenn wir in Treptow die Bersammlung genehmigt erhalten, Schwierigkeiten wegen des An- und Abmarsches machen?

Polizeipräsident: Prinzipiell nicht. Der Verkehr darf aber nicht gestört werden. Geschlossene Züge können nicht gestattet werden.

Soziald.: Wir würden uns in kleinen Gruppen zum Bersammlungsort begeben. Jeder Bezirk von seiner Zahlstelle aus, unter Leitung des Bezirksführers und der Ordner, etwa in der Stärke von 50 bis 100 Mann. Unsere Bezirksführer und Ordner werden dafür sorgen, daß der Verkehr nicht gestört wird. Unsere Genossen sind nach der Richtung hin so „au preussisch“ erzogen, daß die Anordnungen bestimmt befolgt werden. Ebenfalls werden wir alles tun, daß der Verkehr nicht gestört wird.

Polizeipräsident: Wenn so verfahren wird, habe ich nichts dagegen einzuwenden. Ich würde dem An- und Abmarsch nichts in den Weg legen.

Soziald.: Und wie würden Sie sich zu einer Bersammlung im Friedrichshain stellen?

Polizeipräsident: Der würde ich ebenfalls keine Schwierigkeiten bereiten.

Beim Bürgermeister und beim Amtsvorsteher von Treptow.

Die Herren Ernst und Borgmann führen darauf zum Bürgermeister und Amtsvorsteher von Treptow, wo sie auch sogleich vorgelesen wurden. Sie berichteten dort, daß der Polizeipräsident ihnen erklärt habe, daß er dem An- und Abmarsch zu einer Bersammlung im Treptower Park keine Schwierigkeiten in den Weg legen werde. Aber im Treptower Park habe der Herr Amtsvorsteher und Bürgermeister von Treptow die Genehmigung zu erteilen, um die sie hiermit ersuchten.

Der Bürgermeister: Wie wollen Sie denn die Bersammlung treffen?

Ernst: Unsere Genossen würden bezirkweise hinaruschieren unter Leitung ihrer Bezirksführer. Wir würden etwa zehn Rednertribünen errichten und für die genügende Anzahl von Ordnern sorgen. Außerdem würden wir Vorposten stellen, das Arbeiter-Gamarrterkolonne am Orte ist, so daß bei etwaigen Schmachtsanfällen und dergleichen Hilfe zur Stelle wäre. Berücksichtigen, daß die Ordnung nicht aufrecht erhalten werde, haben wir nicht. Um ungefähr 1 Uhr würden unsere Genossen amarschieren, um 1/2 Uhr würde der Abmarsch beginnen.

Bürgermeister: Und wer übernimmt die Verantwortung dafür, daß keine Störung der Ordnung vorkommt?

Ernst: Die übernehme ich als der Vorsitzende der Organisation der Berliner Sozialdemokratie.

Bürgermeister: Sie übernehmen damit eine schwere Verantwortung!

Ernst: Gewiß! Wir erkennen sehr wohl den Ernst des Augenblicks. Wir wissen, wenn wirklich etwas Ordnungswidriges passiert, daß Sie und andere Behörden sich später darauf berufen würden, wenn wir wieder die Genehmigung zu ähnlichen Bersammlungen nachsuchen sollten. Wir wissen, daß Sie sie uns mit Rücksicht auf diese Verhältnisse verweigern würden. Wir sind aber von der Disziplin unserer Parteigenossen so sehr überzeugt, daß wir die Verantwortung ruhig übernehmen. Wir sind sicher, daß unsere Parteigenossen sich aus der Verantwortung der Gesamtpartei gegenüber bewußt sind und daher jeder Provokation, die von Außenstehenden erfolgen könnte, sofort energig entgegenzutreten würden, so daß wir jede Verantwortung ruhigen Herzens tragen können.

Das Ergebnis dieser Bemühungen war, wie oben ersichtlich, die Genehmigung der Bersammlung. — In Halle hat die Polizeibehörde einem ähnlichen Ersuchen die Erlaubnis verweigert. (Siehe die Meldung im lokalen Teil der Morgen-Ausgabe.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom 8. April.
Am Ministertisch: v. Breitenbach.
Präsident v. Kroscher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Das Haus beschließt, daß das Mandat des Abg. v. Schmeling (son.) durch dessen Ernennung zum Geheimen Oberregierungsrat nicht erlöschen ist.
Der Kriegsminister leidet die Mitglieder des Abgeordnetenhaus zu einer Besichtigung der Einrichtungen des Luftschiffbetriebs ein. Die Besichtigung soll am 14. April stattfinden.

Der Fautat.

(Zweiter Tag.)
Abg. Fiedringer (ntl.)
erkennt an, daß für den Fäulnis Hafen manches geschehen sei. Es bleibe aber noch viel zu tun übrig. Die Verbesserung der Seeschiffahrtstrassen nach Nordamerika sei weiter anzustreben. Die Abgaben auf den Dortmund-Emskanal müßten verringert werden, damit Erbsen mit Rotterdam konkurrenzieren kann. Infolge der hohen Abgaben werden jetzt die Produkte der westfälischen Industrie über Rotterdam nach dem Ausland exportiert. Das Schlepplimonopol sollte verpachtet werden.

Minister v. Breitenbach:

Die Tarife auf dem Dortmund-Emskanal halten sich nach Auffassung der Regierung in den richtigen Grenzen. Der Verkehr hat sich weit über Erwartung entwickelt. Er ist seit 1901 um fast das Sechsfache gestiegen. Das beweist, daß der Verkehr unter dem Tarif nicht leidet. Eine grundlegende Veränderung des Tarifs im Sinne einer allgemeinen Verbilligung kann ich deshalb nicht in Aussicht stellen.

Abg. Hammer (son.)

wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. v. Wilkom Hamburg wegen eines einseitigen Bauungsplans für Groß-Berlin. Herr v. Wilkom mache sich den Januskischen Entwurf zu eigen, der aber die Steuerkraft Berlins viel zu hoch einschätze. Die Schaffung des Wald- und Wiesengebietes würde sich auch für die Vororte sehr teuer auswirken. Der ganze Bauungsplan sei abzulehnen, da es nicht Aufgabe der Regierung sein kann, das Anmarschen der Großstadtbevölkerung zu erleichtern. Das aber tue ein Bauungsplan, der nach für 6-8 Millionen Menschen in Berlin Licht und Luft schaffen will. Die zunehmende Entvölkerung Ostpreußens ist eine unabweisbare Warnung. Was sagt übrigens der Finanzminister zu der geplanten Belastung der Kommunen durch den Bauungsplan? Die neue ländliche Bauordnung bilige ich durchaus, bezauere aber, daß sie Kellerwohnungen zuläßt. Herr Schwabach hat sich gerührt, die ländliche Bauordnung ist auf seine Einwirkung hin reformiert worden. Wir alle haben doch Teil daran gehabt. Die Feuergefährlichkeit der Warenhäuser muß beseitigt werden. Man sollte nur eine bestimmte Anzahl Käufer auf einmal in ein Warenhaus hineinlassen. Bewahrheitet ist die Abneigung vieler Kommunen gegen das Submissionswesen. Dem Warenhandel der Beamten muß geschützt werden. Der Erlaß des Ministers, der sich gegen die übermäßige Beteiligung der Beamten an Beamtenkonten erheben richtet, wird leider nicht genug beherzigt. Der Minister sollte ihn den Beamten nochmals einfärtsen. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.)

bringt Beschwerden der Norddeutschen-Anlieger vor und fordert dort eine systematische Regelung der Anwartschaft auf die Anstellung im Baufach.

Minister v. Breitenbach:

für die Anstellung im Staatsbauwesen bestehen feste Grundzüge; nur besonders geeignete Bauarbeiter werden notiert, und zwar, um Ueberfüllung zu vermeiden, jährlich nur ein Drittel des Bedarfs. Die Feuergefährlichkeit in Warenhäusern wird schon genügend bekämpft, gegen Ueberfüllung kann die Polizei schon jetzt einschreiten.

Auf eine Anfrage des Abg. Schmieding (Str.) folgt

Unterstaatssekretär Frhr. Coels von den Trüben eine einseitige Regelung der Rechtsverhältnisse beim Bau und der Beschäftigung von Talperrern in Rheinland-Westfalen durch das neue Wasserrecht zu.

Abg. v. Erdmann (son.)

verlangt Zusicherung von Landwirten zu der Beratung des Wasserrechts.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. Schwabach (ntl.)

er habe die ihm vom Abg. Hammer zugeschiedene Reueberung nicht getan. Wenn eine derartige Notiz im „Mem. Exped.“ gestanden habe, so sei sie falsch.

Abg. v. Bülow (ntl.)

Herr Hammer sollte ein andermal besser aufpassen. Er hat mich wegen Reueberungen kritisiert, die ich über den Bauungsplan gar nicht getan habe.

Der Titel „Ministergehalt“ wird bemittigt.

In der Einzelberatung führt

Abg. v. Kloben (b. l. P.)

Beschwerde über das schlechte Anmarschen der Stromweiser und nimmt dann weiter das Unteroffiziersrats gegen den Vorwurf in Schutz, daß es sich nur aus Pferde- und Ochsenwedern ergänge. Und wenn es so wäre, ein braver Ochsenwedder ist viel nützlicher für die Gesellschaft als ein herumlungender Großstadtschimmel, der das Geld seines Paters durchbringt. (Beifall.) Auch Gneuenow stimmte aus kleinen Verhältnissen und hat in seiner Zucht Gänse gehalten.



Schmarat Peters:
Die Ansprüche, die an Wasserbauwerke gestellt werden, können die Strommesser nicht erfüllen

Hg. Bourneau (Str.)
fordert Regulierung und Ausbau der Werra.

Minister v. Breitenbach:
Wir haben dem Verwaltungsvererein eine Beihilfe gewährt; über die Bewirkung größerer Mittel kann ich heute keine Erklärung abgeben.

Hg. Dr. Wendlandt (nt.)
tritt ebenfalls für Regulierung der Werra ein, die eine bedeutungsvolle Kulturangabe erfüllen würde.

Schmarat Peters
erwidert, daß das vom Verwaltungsvererein im Verwaltungsvertrag festgestellte Projekt demnachst zur Prüfung gelangen werde.

Hg. Kramm (konf.)
bringt Wünsche der Reichsregierung zur Sprache. Früher wurden den Fischern von der Verwaltung Weiden verkauft, die sie für die Fanggeräte brauchten. Heute geschieht das nicht mehr.

Hg. Gaisgalt:
Den Fischern am Kurzen Hoff wird die Ausübung ihres Gewerbes erschwert durch die Entlassungen am Grunde, bis der Abfüllung des Landes und der Landesbewohnern vorzuziehen seien, in Wirtschaft über fast unmöglich. Auch die Baggerarbeiten hindern den Fischfang. Eine Baggerordnung ist nötig. Ein Regierungskommissar sagt wohlwollende Prüfung der Klagen der Forstverner zu.

Hg. Graf v. Wartenstelen-Roskfen (konf.)
fordert Vertiefung des Flußes und des Gr.-Wälderflusses Sees.

Schmarat Mühlengang
stellt Prüfung und eventl. Erfüllung dieser Forderung in Aussicht.

Die bauernden Ausgaben werden bewilligt, die Denkschrift über die Baggerarbeiten an Wasserstraßen in 1907 und 1908 durch Kenntnisnahme erledigt und die Petitionen bis auf die des Majors v. Donat wegen Durchführung seines Oberregulierungsprojekts für erledigt erklärt.

Bei den einmaligen Ausgaben bittet

Hg. von Rath (nt.)
um Kanalisierung der Bahn, die die Aufschließung ungeänderter Bodenflächen zur Folge haben würde.

Hg. Major v. Donat auf Anfrage von Staufen im Oberpfeil mit zur Diskussion gestellt. Major v. Donat schlägt die Anlage eines mächtigen Staues oberhalb Krappitz und veränderter kleinerer Staufen vor. Der Staue oberhalb Krappitz soll 475 Millionen Rm. Wasser aufnehmen können, also größer werden als der Starnberger See.

Hg. Stroger (konf.)
bittet um wohlwollende Prüfung der Petition durch die Bauverwaltung.

Schmarat Gernemann
erwidert, daß die Regierung das Donatsche Projekt im vorigen Jahre von dem Wasserstraßenbeirat für Slesien und von dem Gesamtwasserstraßenbeirat habe prüfen lassen und daß diese sachverständigen Behörden einstimmig zur Ablehnung beschließen gelangt sind. Auf diesen Standpunkt müßte sich danach auch die Regierung stellen.

Hg. Jager (Str.)
beantragt Verweisung der Petition an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Hg. Bippmann (Sp.)
stimmt dem zu.

Der Antrag wird angenommen.
Das Haus verlag die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Erkunden!

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in ihrer gestrigen Abendausgabe:
Nach einer Mitteilung im „Berliner Tageblatt“ hat der römische Korrespondent des „Nichtige Slomo“, Herr Goldstein, der Redaktion dieses Blattes erklärt, der Reichsfanzler habe ihn nach dreifachem Erfragen am 28. März zwischen 9 und 10 Uhr im Palazzo Caffarelli empfangen und mit ihm unter vier Augen gesprochen. Diese Behauptung ist erfinden.

Ueber eine Wirkungslosigkeit der Kronprinzenbriefe

Schreibt Maximilian Harden in Heft 28 der „Zukunft“:
Zu einem Ereignis von harter Tragweite kann die Publikation der Briefe Einem werden: dem Vater des Schreibers. Der hat sicher nicht gedacht, daß sein Volkler nach überhöflicher Bekehrung und nach der Möglichkeit einer Vertreibung leidet. „Baran, mein Junge, halt dich nicht länger gelagert? Ich dachte, Familienruhe und Cerezerplatz, Ketten und Knebel, Tennis und Ski genügen dir, und wolle deiner frühlichen Jugend nicht drückende Last aufbürden. Galt aber Recht. In Potsdam steht du nichts von der gemeinen Wirtschaft deines Lebens; und Berlin, Dels, Sankt Moritz, Baden-Baden und andere Sportplätze: kein gutes Wasser für Einem, zu dem das fräglichste Volk Mitteleuropas eintrifft, bald vertrieben, als zu dem Meiner Vertrauen ausfinden sollte. Ich weiß noch, wie mein Vater unter dem Jangem zur Unmöglichkeit gelitten. Du magst nicht länger als ionischer Reiter und tollkühner Schenkeleier nur dem Volke sichtbar werden. Willst Land und Landesteile im Altglückseligen kennen lernen und in Bereitschaft sein, wenn deine Stunde schlägt. Dafür vorzuliegen, ist meine Pflicht; des Kaisers, des Königs, des Vaters. Sei gemüthlich, nach Polen zu ziehen, in die neue Welt, die so prächtig ist, daß Jhr, Caecilia und du, den Abstand nicht schmerzlich empfinden werdet. Da gibts zu lernen; Verwaltung, Anstellung, Ständerecht, landliche und städtische Industrie, Provinzial- und Kommunalpolitik. Bis da alles fertig ist, kennst du in Schichten Landwirtschaft treiben; nicht als reicher Aemler, sondern als edelmütiger Schüler eines tüchtigen Inspektors. Nachher an den Pregel, in einfache Bodenweidung. Denzig, Albed, Hannover, Cassel, Düsseldorf, Metz; du mußt alles sehen. Gehe dich zu den Wandern alten Schones ins Amt und hindere das Leben des Volkes, der Staatspolitik. Daß dir die Organisation großer Betriebe erklären und erforsche, als ein

unangenehmer Besucher, in Ost und West die Mühsale und Bedürfnisse der kleinen Leute. Bezahle die Beamten nicht und halte dich den armen Offizieren der kleinen Garnisonen nicht fern; sie sollen dir vertrauensvoll ihr Leid klagen und sich nicht schämen, wenn du siehst, daß sie nach dem Jungstillsitz sich abends nur noch einen Bierchen, ein Stück Wurst oder Käse leisten können. Ohne Wohlgelegen, nur mit den kleinen Hundchen, wären wir nicht so weit. Sparsam sei bei der Wohnung; behenke, wie armfelig es noch dem Unglücklichen in Paris hatte. Du sollst die Schiffsführung lernen. Hätte ich Zeit dazu gehabt: manche Enttäuschung wäre mit erpart worden.“
Ob Wilhelm so spricht?

Die Einigungskonferenz.

(Die Krisis im Baugewerbe.)

Im Reichstagsgebäude begann gestern die vom Reichsanwalt des Innern anderwärts geteilte Einigungskonferenz im Baugewerbe. Als Vertreter der Arbeitgeber war die Reichsanwaltschaft-Kommission erschienen, während die Arbeitnehmer die Hauptvertreter der vier Organisations delegiert hatten. Dem Vorsitz übernahm der Vertreter des Reichsanwalts des Innern, Geh. Regierungsrat Dr. W. Reibfeldt. Dieser eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis auf die Lage, daß die Regierung den Grundbaue, sich zunächst in derartige gewerbliche Streitigkeiten nicht einzumischen, sondern es der Parteien überlassen, möglichst einen Ausgleich der Differenzen zu finden. Wie die Dinge aber jetzt liegen, nachdem von beiden Parteien bestimmte Erklärungen abgegeben seien, scheint es ausdiesigen, daß die Parteien selbst noch einen günstigen Ausweg finden. Aus diesem Grunde bietet die Regierung die Hand zum Vergleich. Im Einverständnis mit dem Minister und dem Staatssekretär müßte er nach dieser einleitenden Bemerkung den Vorschlag, ob es nicht möglich sei, ähnlich wie bei den Tarifverhandlungen im Jahre 1903 bei unparteiischen Herren zu wählen, die dann die Weiterführung der Sache in die Hand zu nehmen hätten. Ueber die Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlages traten die beiden Parteien in eine Sonderberatung ein.

Im Anschluß an die Konferenz, die übrigens auch wieder geheim geführt wurde, fand im Architektenhaus noch eine Sitzung des Gesamtvorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe statt, in der über den Erfolg der Konferenz Bericht erstattet wurde.

Während in Berlin Einigungsverhandlungen im Gange sind, kommen aus allen Ecken des Deutschen Reiches, aus dem Osten, Westen und Süden, Meldungen über Massenandränge durch die Unternehmer. So hat z. B. in München der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in München und Umgebung an seine Mitglieder ein Zirkular verschickt, worin gesagt wird, daß die Unternehmer der Kampf aufgegeben worden und die Schlichtung der Geschäfte am 1. April unvermeidlich sei. Die Mitglieder des Verbandes werden aufgefordert, sich auf den Kriegszustand vorzubereiten.

In Hamburg wurde eine Verammlung der Abteilung Hamburg des Zentralvereins der Maurer abgehalten, in der über 2000 Maurer vertreten waren. Der Referent berichtete über den Stand der Tarifverhandlungen und teilte mit, daß in Schleswig-Holstein eine Einigung auf der Basis, wie sie in Hamburg und Umgebung bereits erzielt sei, in näher Aussicht stehe. Am Schluß der Verammlung wurde eine Resolution angenommen, in der das Einverständnis mit den Hamburger und Berliner Beschläßen zum Ausdruck gebracht und das Versprechen abgegeben wurde, durch Aufbringen der Mittel dazu beizutragen, daß der Kampf zu einem günstigen Ende geführt werden könne. Die Mitgliedschaft Hamburg und Umgebung der Maurer sei jederzeit bereit, eventuell auch noch weitere Opfer zu bringen, falls dies notwendig sein sollte.

Die Ausführensbestimmungen zum Tabaksteuergesetz vom 15. Juni 1909.

Die erst kürzlich ergangenen sind, haben sich nicht bewährt und schon gleich nach ihrem Inkrafttreten erkennen lassen, daß ihre Durchführung in der Praxis ohne große Unbilligkeit und Härten für das ohnedies infolge der Erhöhung der Tabaksteuer lebende Tabakgewerbe nicht möglich ist. Die Gewerbetreibenden und Handelsmannern haben daher in vielfachen Eingaben an das Reichsamt um eine Änderung der Bestimmungen gebeten. Diesen Wünschen hat das Reichsamt nunmehr stattgegeben und dem Bundesrat Vorschläge zur Beschlußfassung vorgelegt.

Parteinachrichten.

Die Agrarier verstehen sich auf den Terror und sind gar nicht stübe bei seiner Anwendung. Das haben auch einige Gastwirte der Gemeinde Wilfrath im Kreise Mettmann erfahren müssen. Der dortige freisinnige Verein hat zur Bekanntmachung seiner Versammlungen in den verschiedenen Lokalen Tafeln aufgehängt mit der Aufschrift „Freisinniger Verein Wilfrath“. Ueber diese Unterfangen gerieten die Bündler der Umgegend außer sich. Sie lehten den betreffenden Wirtzen die Pistole auf die Brust: Entweder Entfernung der Tafeln des freisinnigen Vereins oder Konfisk. Kreisvorsitzende hat nicht ein einziger Wirt dem agrarischen Verlangen Folge geleistet. Die Tafeln hängen heute noch, und die Bündler sind beruhigt.

Kleine politische Nachrichten.

Ein Wahlrechtsbegehrt.
In der Rätiner Stadtverordnetenversammlung kam es kürzlich zu erregten Debatten gelegentlich der Erörterung über Anträge von Likeralen, Sozialisten, sowie des Zentrums, in der Landtagswahlfrage eine Stellungnahme der Rätiner Stadtvertretung herbeizuführen. Nach Ablehnung des Likeralen, sowie des sozialistischen Antrages fand ein Zentrumsantrag Annahme, wonach der Oberbürgermeister an die Führer der politischen Parteien die Stellung der Zentrumsmehrheit im Stadtparlament übermitteln sollte. Der Oberbürgermeister aber erklärte, nachdem er jede weitere politische Unterhaltung energig abgelehnt habe, daß er diese Beschlußfassung beanstande und sie nicht zur Ausführung bringen werde.
An der Konferenz über die Reichsversicherungsordnung, die am 9. April im Reichsanwaltsamt des Innern stattfand und sich bezog auf die Versicherung der Privatbeamten bei unfalligen Vorfällen, wurden außer den Vertretern der deutschen Gewerkschaften Schmidt, Borckardt, Erlens und Hartmann mehrere Mitglieder der freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten, die acht Unternehmungen umfaßt, teilnehmen. Vom Bund der technischen und industriellen

Beamten werden die Herren Ingenieure Lindemann und Schilling, vom Zentralverband der Bureauangestellten der Reichsregierung Lehmann, vom Zentralverband der Handlungsgehilfen in Hamburg der Vorsitzende Lange und vom Verband der deutschen Kaufleute Herr Hennig teilnehmen. Die Regierung wird durch die Geheimen Oberregierungsräte Bedemann und Rogbertzen sein.

Für die Allgemeine Städtebau-Ausstellung Berlin, die vom 1. Mai bis 15. Juni dieses Jahres in der Akademie der Künste stattfinden wird, hat der Berliner Magistrat den Betrag von 15 000 M. bewilligt. Von Frankfurt wird die Ausstellung nicht nur von dem bekannten Architekten Eugen Hönard, sondern auch vom Ministerium des öffentlichen Unterrichts und der schönen Künste befristet werden. Zur Ausstellung werden eine größere Reihe von alten Plänen aus dem Reich des französischen Staates und der Stadt Paris gelangen, die wertvolles Anhangsmaterial zur Erläuterung der historischen Entwicklung von Paris und einigen anderen Städten bilden.
Bermittlung.
Der kürzlich in München verstorbenen Privatier Carl von... machte dem Verein für Wasserflug 1 1/2 Millionen Mark. Weiterausgabe und Wasserbauten.
Bei einer der letzten Tagungen des Gesamtwerkstättenbeirats ist die Frage erörtert worden, inwiefern die Wasserstraßen von der Wasser, die im Zusammenhang mit dem Rhein-Haamover-Kanal stehen, eine Beinträchtigung des Landverkehrs befürchten ließen. Von der Regierung wurde die Erklärung abgegeben, daß trotz sehr hoher Uferbauten an den beiden Ufern der Vermehrung und Sauerden besondere Rechenanlagen geschaffen werden würden, um den Zug der Wasser die Wasser hinauf möglichst wenig zu erschweren. Gleichwohl verbleibt die Staatsregierung der Möglichkeit nicht, daß vielleicht eine Beinträchtigung des Wasser-Landverkehrs eintreten kann, und darum ist es eingeschlossen, die betreffenden Uferbefestigungsarbeiten in die Hand des Staates zu bringen.

Sol. und Personalnachrichten.

Der Kaiser hat zur Jahreshunderfeier der Gutschuftungsarbeiten in Döberhausen an diese folgendes Glückwunschtelegramm gerichtet:
Den zur Feier des 400jährigen Bestehens der Gutschuftungsarbeiten vornehmlich Sehnern. Bedenken und Arbeiten enthalte ich an dem heutigen bedeutungsvollen Jubelstöße Meinen herzlichsten Glück und Glückwünsche. Wenn die Gutschuftungsarbeiten, aus seinen Anfängen erwachsen, sich in zahllosem Fortschritt erringen hat, so ist dieser Erfolg nicht zum mindesten dem treuen Zusammenhalten zwischen der Arbeiterkraft und den Leitern der Arbeit zu verdanken. Es ist Mir eine besondere Freude gemein, Meiner Anerkennung für dieses vorbildliche, auf gegenseitigen Vertrauen beruhende Verhältnis durch zahlreiche Auszeichnungen Ausdruck geben zu können. — Möge die Gutschuftungsarbeiten auch ferner fräftig vorwärts schreiten und sich allezeit bewähren als eine würdevolle verdienstliche Arbeit und deutschen Stolz.

Wilhelm R.

Der Minister des Innern v. Moltke wollte befanntlich kürzlich in Dsnabrück und besuchte bei dieser Gelegenheit das Schloß Wulstien, das in früheren Jahrhunderten seinen Vorfahren gehört hatte. Man hat diesen Besuch mit dem angeblich beabsichtigten Rücktritt des Ministers in Verbindung gebracht und behauptet, Minister v. Moltke beabsichtige, das Schloß Wulstien zu kaufen und dort seinen Aufenthalt zu nehmen. Aus Dsnabrück wird jedoch geschrieben, diese Behauptung sei nichts als eine völlig unbegründete Vermutung.

Ausland.

Begegnung Fallières' mit König Viktor Emanuel.

Aus Paris wird gemeldet:
Präsident Fallières beabsichtigt, dem König Viktor Emanuel im Laufe dieses Sommers einen Besuch abzustatten. Mit dem derzeit hier weilenden Minister des Auswärtigen Marquis San di Giuliano sollen die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden. Die Einleitung des Programms hätte dann der neue Vorkämpfer Tittton mit dem Minister Pichon zu regeln.
Die französische Regierung hofft, daß das französisch-englische Rabmett Zugatti sich behauptet, und daß der Restenplan keine Störung erfahren werde. Von anderer Seite wird hingegen behauptet, daß die vorausgesetzliche Reise des Präsidenten einer durchaus friedlichen Tenbenz zugunsten sei.

Eine englische Abzugsfahrt in der Nordsee.

Die „Daily Mail“ weiß zu berichten, daß die britische Admiralität eine große Uebungsfahrt in der Nordsee, an der über hundert Schiffe teilnehmen sollen, angeordnet habe. Das Blatt gibt zu verstehen, daß das die britische Antwort auf die Uebungsfahrt der deutschen Hochseeflotte nach Wilhelmshaven sei. Die Heimatflotte wird sich mit der atlantischen Flotte am 19. April vereinigen, und die Uebungsfahrt soll bis zum 2. Mai dauern. Die Flotten werden Cromarty (Schottland) und die Orkney-Inseln anfahren. Admiral Sir William May wird den Oberbefehl führen, acht andere Admirale werden unter ihm stehen. Der „Grosvenor“ wird in dieser formidablen Gemacht durch seine Schiffe vertreten sein. Die vereinigte Streitmacht umfaßt 22 Schlachtschiffe, 18 Panzerkreuzer, 10 geladene Kreuzer und Geschüttschiffe, 50 Zerstörer, 6 U-Boote und 20 Unterseeboote.

Kleine Tagesnachrichten.

Das englische Unterhaus hat die erste Resolution betreffend das Vetorecht der Lords, nach der den Mitgliedern des Oberhauses durch Gesetz unterlagt sein soll, Finanzmaßnahmen zu verwerfen oder mit Zusätzen zu versehen, mit 339 gegen 237 Stimmen angenommen. Die Nationalisten stimmten mit der Regierung.
Schaffung einer senatsfähigen Luftflotte.
Der große Eindruck, den die jüngste Senatsdebatte über die Beschaffung der Militärflugflotte in Frankreich hervorrief, soll die französische Regierung veranlaßt haben, die Schaffung einer neuen Senatsflotte festzulegen in Erwägung zu ziehen. Das Kriegsministerium hat den Konstabler „Clement Bonard“ anzuweisen, der seine Verhältnisse demnach ausfinden wird, und mehrere Bekanntheiten suchen. Mehrere Luftballone, die die Firmen Debauch, Mira und Jodan, gegen die sehr begründete

